

Michael Klare:

## Die neue amerikanische Interventionsdoktrin - "Low Intensity Conflict"



Das Genfer Treffen von Reagan und Gorbatschow hat die Ost-West-Spannungen anscheinend vermindert, auf die Nord-Süd-Spannungen aber hat es keinen Einfluß gehabt. Man kann sogar behaupten, daß die neue Entspannungspolitik Moskau gegenüber einhergeht mit einer Verhärtung gegenüber den revolutionären Bewegungen und Regimen der Dritten Welt.

Ohne offene militärische Interventionen durchzuführen, haben die USA verdeckte militärische Aktionen gegen eine beträchtliche Anzahl von ihnen gut geheißt. Schlimmer noch: Das Defense Department hat eine neue Strategie militärischer Einmischung in regionale Konflikte der Dritten Welt aufgestellt: die "... strategy of Low-Intensity Conflicts".

"Obwohl das LIC-Konzept noch nicht sehr bekannt ist, ist es für die Strategen des Pentagons schon ein Schwerpunkt ersten Ranges. Für die USA besteht die wichtigste Aufgabe im Bereich der Sicherheit in der Verbesserung ihrer militärischen Kapazitäten für den LIC", schrieb im Januar 1985 Oberst James B. Mothey in der (Theorie-)Zeitschrift der Heeresgeneralstabsschule. Dieselbe Meinung vertrat einige Monate später General Wallace H. Nutting, ehemaliger Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Lateinamerika, z.Zt. Oberbefehlshaber des US Readiness Command (mit Sitz in Florida). Vor einer Kommission des Kongresses sagte er: "Meiner Meinung nach ist LIC das zentrale strategische Problem mit dem die USA heute konfrontiert sind."

Das Bild vom "Spektrum der Konflikte" des Pentagon entsprechend werden militärische Konflikte in eine Stufenleiter der Gewalt unterschieden: Konventionelle Konflikte (schwacher, mittlerer und hoher Intensität), Nuklearkonflikte (begrenzte, Gefechtsfeld- und interkontinentale). LIC entspricht einem Abschnitt dieses Spektrums und reicht von Terrorismus über innere Unruhen bis zur Guerilla, dazu gehören auch Grenzscharmützel und alle anderen Formen militärischer Auseinandersetzung unterhalb der Schwelle des erklärten Krieges zwischen Staaten. In diese Kategorie fallen heute die Konflikte in Afghanistan, Angola, Kampuchea, Libanon, auf den Philippinen und in Zentralamerika.

Das Budget des Department of Defense für 1986 berücksichtigt diese strategische Priorität und Verteidigungsminister Caspar Weinberger forderte eine beträchtliche Verstärkung der für diese Art von Konflikten einsetzbaren Kräfte. Er verlangte besonders die Verstärkung der SOF des Pentagons: die Spezialeinheit des Heeres (Green Berets), die Kampfschwimmer SEAL, und die entsprechenden Einheiten der Marine und der Luftwaffe. "Die besondere Priorität, die wir den SOF geben, ist Ausdruck unseres Gefühls, daß LIC die Bedrohung ist, mit der wir es höchstwahrscheinlich in den kommenden Jahren zu tun haben", sagte er.

Begleitet wird die Verstärkung der SOF von beträchtlichen Anstrengungen des Pentagon, eine dem

LIC angepaßte Strategie und Taktik auszuarbeiten. Verschiedene vom Militär finanzierte Denkgruppen (think tanks) arbeiten an dieser Frage, und das Heer hat eine umfangreiche Studie über die Kampfkapazitäten aller militärischen Kontingente, die nach Zentralamerika geschickt werden könnten, in Auftrag gegeben. Die militärischen Fachzeitschriften sind wie in den besten Zeiten des Vietnamkriegs voll mit Artikeln über Guerilla- und Antiguerillakrieg.

Ein Gefühl der Unruhe und des Deja-vu ruft diese Vorbereitung auf Konflikte in der Dritten Welt bei all denen hervor, die die Entwicklung der amerikanischen Militärstrategie seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgt haben. Schon zu Anfang der 60er Jahre war der LIC - damals "begrenzter Krieg" oder "Steppenbrand" genannt - vorrangiger Gegenstand von Überlegungen der amerikanischen Strategen.

Um der Welle bewaffneter kämpfender revolutionärer Bewegungen - nationaler Befreiungskriege, wie man sie damals nannte - zu begegnen, praktizierte die Kennedy-Administration die Strategie der Counterguerilla, eine Kombination von traditioneller Militärtaktik und politisch ökonomischen Maßnahmen, dazu bestimmt, "Herz und Geist der Bevölkerung zu gewinnen".

Nachdem das vietnamesische Desaster die "Counterguerilla-Taktik" in Mißkredit gebracht hatte, gingen die amerikanischen Machthaber dazu über, direkte militärische Interventionen bei internen Konflikten der Dritten Welt zu vermeiden. Diese Haltung, in der öffentlichen Meinung als "Vietnamsyndrom" bekannt, fand ihre praktische Umsetzung in Maßnahmen wie "war powers act", Gesetz über die Rechte des Präsidenten im Kriegsfall oder dem Clark-Gesetz, das jedwede Beteiligung der USA am Bürgerkrieg in Angola untersagt und dem Verbot jeglicher politischer und militärischer Hilfe für repressive Regime der Dritten Welt.

Über einen gewissen Zeitraum unterstützte die Mehrzahl der amerikanischen Machthaber diese Maßnahmen und widerstanden der Versuchung, in die regionalen Konflikte einzugreifen. Nach dem Sturz des Schahs im Iran allerdings erklärten zahlreiche Politiker das Vietnam-Syndrom für ungültig und forderten die Wiederherstellung eines militärischen Interventionspotentials.

Im Juni 1979 - drei Monate vor der Geiselnahme von Teheran, und sechs Monate vor dem Einmarsch der SU in Afghanistan - wurde diese neue Haltung zur offiziellen Politik der Regierung: Präsident Carter verfügte die Aufstellung der schnellen Eingreiftruppe sowie die Entsendung von Kriegsschiffen und Marineeinheiten zwecks ständiger Präsenz im Indischen Ozean. Der Zeitpunkt dieser Entscheidung ist von großer Bedeutung. Sie lag nämlich vor dem Einmarsch in Afghanistan und vor der Geiselnahme in Teheran, und war nicht, wie die meisten Amerikaner glauben, eine Reaktion darauf.

Die von der Reaganadministration konzipierte Doktrin des "Low-Intensity-Conflict" umfaßt drei Typen militärischer Operationen: klassische Counterguerilla, "aktive" Bekämpfung des "internationalen Terrorismus" und Unterstützung bewaffneter antikommunistischer Bewegungen in der Dritten Welt.

Die Counterguerilla wurde ursprünglich in Vietnam eingeführt und 1980 von Präsident Carter reaktiviert, als die USA die Verantwortung für die Bekämpfung der Guerilla in El Salvador übernahmen. Die beiden anderen Arten militärischer Operationen sind in großem Maße Innovationen der Reagan-Administration. Die klassische Counterguerilla wurde von den USA in der ersten Phase des Vietnamkonflikts praktiziert. Sie verbindet militärische Aktionen mit politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Maßnahmen mit der Absicht, Unterstützung der Guerilla seitens der ländlichen Bevölkerung zu unterbinden.

Zu neuen Ehren gekommen sind diese Methoden heute durch die salvadorensischen Regierungstruppen, die unter amerikanischer Führung stehen. In der Tat basiert ein großer Teil dessen, was jetzt in El Salvador geschieht, direkt auf den Vietnam-Erfahrungen? Bombardierungen aus der Luft von Dörfern, die unter Kontrolle der Rebellen stehen, "search and destroy"-Operationen, militärische Eingriffe im zivilen Bereich - El Salvador bleibt zwar Schwerpunkt amerikanischer "Counterguerilla"-Aktivitäten, inzwischen jedoch bereitet sich das Pentagon prophylaktisch auf einen massiven Eingriff nach dem selben Muster auf den Philippinen vor.

Die aktive Bekämpfung des Terrorismus ist die Antwort der Reagan-Administration auf das, was sie als ein Aufflammen terroristischer Aktivität in der Dritten Welt wahrnimmt. Anfangs wurde der Terrorismus als eine nicht militärische Form des Kampfes angesehen, die unterhalb der Schwelle des LIC lag. Nach der Zerstörung der marines-Kaserne in Beirut jedoch wurde der Terrorismus als eine rein terroristische Bedrohung der USA neu definiert, dessen Neutralisierung eine rein militärische Antwort erfordert. Diese Haltung fand ihren Ausdruck in zahlreichen Erklärungen hoher Funktionäre der Administration und sie wurde aufgenommen in die Direktive of national security no 138, am 3. April 1985 von Reagan gebilligt. Der Inhalt dieser Direktive wurde nicht veröffentlicht, aber Funktionäre die davon Kenntnis haben, sagen, daß darin aktive militärische Maßnahmen befürwortet werden, einschließlich präventiver Schläge gegen vermutete Zentralen des Terrors und Vergeltungsschläge gegen Länder, die verdächtigt werden, terroristische Basen zu beherbergen. Dieses Prinzip steht hinter den wiederholten Drohungen, terroristische "Nester" im Libanon zu bombardieren, für den Fall, es sollte sich ein Angriff auf amerikanische Funktionäre in Beirut wiederholen und es steht ebenso hinter dem Abfangen des ägyptischen Flugzeugs, in dem die Entführer der Achille-Lauro saßen.

Die Politik der aktiven Unterstützung antikommunistischer Aufstände in der Dritten Welt ist die bevorzugte Antwort der Administration auf den sowjetischen "Expansionismus". Die sogenannte Reagan-Doktrin bedeutet in ihren Konsequenzen, daß die USA zur Offensive übergehen und den Umsturz pro-sowjetischer Regimes konkret bewerkstelligen sollten.

Der Staatssekretär W. Schneider Jr. erklärte 1985 vor einer Senatskommission: "Zulange haben die freien Nationen die Eroberungen der Kommunisten einfach anerkannt oder sich bestenfalls bemüht, weitere zu verhindern".

Jetzt aber komme es darauf an, durch eine Unterstützung der anti-kommunistischen Guerillas "die totalitären Stümper in die Defensive zu zwingen und so ihre imperialistischen Pläne zum Scheitern zu bringen."

Im Namen dieses Prinzips unterstützt die Administration die antisandinistischen Contras, die regierungsfeindlichen Gruppen in Afghanistan, Angola, Kampuchea und in anderen Ländern der Dritten Welt, die von mit der SU verbündeten Regimes regiert werden.

Insgesamt stellen die o.g. drei Strategien ein entschlossenes Engagement zugunsten eines militärischen Interventionismus großen Maßstabs dar. Mehr noch, wenn eine von ihnen angewandt wird, resultiert daraus ein derartig großer Druck, daß es schwierig ist, das Auslösen der anderen zu vermeiden.

Hauptbefürworter dieser neuen Haltung ist merkwürdigerweise nicht der Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der lange als führender Falke in Reagans Umgebung galt, sondern der im allgemeinen als "gemäßigt" angesehene Staatssekretär George Shultz.

Die Shultz-Doktrin hat zwei grundlegende Prinzipien: Die Kräfte der "Demokratie" - so vage definiert, daß alle mit dem Westen verbündeten Länder oder politischen Bewegungen darunterfallen - werden bedroht durch eine globale Offensive, die lanciert wird durch die Kräfte des "Terrorismus", d.h. durch die mit der SU verbündeten revolutionären Regimes oder Bewegungen Kubas, Irans oder Lybiens. Als Anführer der "demokratischen" Kräfte haben die USA nicht nur die Verantwortung, sich der terroristischen Drohung zu widersetzen, sondern sie haben auch das Maß an militärischen Mitteln einzusetzen, das erforderlich ist, um sie zu neutralisieren.

Shultz gibt eine umstrittene politische Beschreibung des Terrorismus: "Was einmal als gewalttätige, sinnlose, von gestörten Individuen wahllos durchgeführte Aktionen erscheinen konnte, zeichnet sich jetzt viel klarer ab. Wir haben erfahren, daß der Terrorismus vor allem eine Form von Gewalt ist. Überall wo er grasert, ist er gegen uns, die Demokratien, unsere heiligsten Werte und gegen unsere fundamentalen, strategischen Interessen gerichtet."

Dabei ignoriert er völlig die terroristische Bedrohung, die von neofaschistischen italienischen Gruppen und von den Todesschwadronen in Lateinamerika stammt, und behauptet, die Mehrzahl der terroristischen Aktivitäten gehe von antidemokratischen Impulsen der Linken aus.

Um diese Herausforderung zu bestehen, könne sich die USA nicht mehr erlauben, passiv zu bleiben.

"Bald werden wir in der Lage sein, die Sowjets abzuschrecken, uns einen totalen Nuklearkrieg zu liefern oder unsere Hauptverbündeten anzugreifen, aber es ist überhaupt nicht gesagt, daß wir genauso in der Lage und organisiert sind, den Herausforderungen

der "Grauzone" zu begegnen, mit denen wir am ehesten konfrontiert sein werden, mit den LIC, zu denen auch der Terrorismus gehört". Shultz betonte vor der trilateralen Kommission, daß diese Herausforderung der "Grauzonen" den staatlich unterstützten Terrorismus einschlieÙe, der sich heute in eine gegen die Interessen, Werte und Verbündeten Amerikas gerichtete Waffe umgewandelt habe. "Wenn wir uns gegen diese Waffe verteidigen wollen, müssen die Nationen des Westens die Notwendigkeit einer aktiven Bekämpfung des Terrorismus anerkennen."

Nachdem Shultz die Anwendung von Gewalt in bestimmten Situationen der "Grauzone" für legitim erklärt hat, spricht er sich für eine aktive militärische Antwort auf den staatlich unterstützten Terrorismus aus. In dem Maße, wie "unsere Gegner den Terrorismus als ein modernes Kriegsinstrument" gegen die strategischen Interessen der USA einsetzen, "müssen wir bereit sein, militärische Gewalt anzuwenden", um diese vitalen Interessen zu verteidigen. Dieses Prinzip ist niedergelegt in der Directive of national security decision No. 138 und bildet die Grundlage der wiederholten Drohungen seitens der USA, Nicaragua zu strafen, falls es weiter die Aufständischen El Salvadors unterstützt.

Diese Argumentation, die ein weiteres wichtiges Element der LIC-Doktrin impliziert - nämlich amerikanische Hilfe für anti-sowjetische Aufstände in der Dritten Welt - wurde zum ersten Mal im Februar 1985 von Shultz dargelegt. "Während die Sowjets lange Zeit denken konnten, daß aus jeglicher Unzufriedenheit ein kommunistischer Aufstand werden konnte, sehen wir jetzt eine neue Art von Kampf in Erscheinung treten: Überall in der Welt riskieren Menschen ihr Leben um den kommunistischen Despotismus zu bekämpfen." Der Staatssekretär meint, diese "demokratische Revolution" sei besonders in Afghanistan, Kambodscha, Angola und Nicaragua im Gange, dort wo die "Freiheitskämpfer" gegen die von Moskau unterstützten totalitären Regime kämpfen. D.h., "während früher jeder Sieg des Kommunismus für irreversibel gehalten wurde", kann man heute auf einen Sieg dieser "demokratischen Kräfte" über die kommunistische Tyrannei hoffen.

Es versteht sich von selbst, daß die USA die "moralische Verantwortung" haben, diese "Freiheitskämpfer" zu unterstützen und zwar nicht nur moralisch sondern auch materiell und sogar militärisch.

## Totalitarismus und Demokratie

Ist es überhaupt möglich an dieser Stelle alle Widersprüche der Thesen von Shultz aufzuzeigen?

Jedem, der sich auch nur oberflächlich für zeitgenössische Geschichte interessiert hat, müßte auffallen, daß zahlreiche Regime, die einer linksgerichteten Guerilla haben weichen müssen - wie z.B. Vietnam, Nicaragua, Angola und Mozambique, nur koloniale Konstrukte oder Diktaturen waren, die sich in keiner Weise auf Demokratie berufen konnten. Es ist ebenso augenfällig, daß die contras, und auch viele andere Bewegungen, zu deren Patron sich Shultz macht, sich hauptsächlich durch blutige Brutalität hervorgetan haben und im Namen der Demokratie zu sprechen keinerlei Recht haben.

Man sollte nicht die Wichtigkeit der Shultz-Doktrin unterschätzen. Sie bildet den harten ideologischen Kern der Argumentation der Administration, die die Hilfe für die contras, für die UNITA von Jonas Savimbi und andere anti-kommunistische Guerillas befürwortet.

Sie wird ebenfalls herangezogen, um eine direkte militärische Intervention gegen Nicaragua, Lybien, Kuba und andere Verbündete der Sowjetunion zu fordern. Wenn sie nicht in Frage gestellt wird, besteht das Risiko, daß sie die amerikanische Außenpolitik eine Generation lang bestimmt, wenn nicht noch länger. Leider spricht alles dafür, daß die Thesen von Shultz auf zunehmende Unterstützung bei der amerikanischen, politischen Klasse stoßen, besonders bei der "Demokratischen Partei", wie jüngste Abstimmungen im Repräsentantenhaus gezeigt haben; indem diese Partei die Mehrheit hat.

Am 12. Juni 1985 billigte das Repräsentantenhaus mit 248 zu 185 Stimmen eine nicht militärische Hilfe für die contras in Höhe von 27 Millionen Dollar. Dadurch wurde eine frühere Entscheidung derselben Kammer, die jegliche Unterstützung für die antiansandinistische Guerilla untersagt hatte, aufgehoben. Am 10. Juli 1985 entschied sie, mit einer Mehrheit von 236 zu 185 Stimmen das "Clark-Gesetz", das jegliche Hilfe für die Antiregierungsgruppen in Angola verbot, außer Kraft zu setzen. Diese Entscheidung wurde sehr lange von der republikanischen Parteiführung angestrebt, und konnte schließlich nur durch den Meinungsumschwung von 60 Demokraten erreicht werden. Die Administration wird also künftig in der Lage sein, die mit Südafrika verbündete UNITA wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen. Diese Entscheidungen zeigen deutlich, daß die Argumente von Shultz zunehmend auf Zustimmung bei den Demokraten stoßen. So hat der Abgeordnete Solarz es unternommen die Position seiner Partei zu verhärten: "Wenn die Demokraten das Vertrauen der amerikanischen Öffentlichkeit wiedergewinnen wollen, müssen sie sich im Bereich der Außenpolitik viel entschlossener zeigen", sagte er im Juni 1985.

Solarz ist kein Anhänger der Shultz-Doktrin - er spricht sich gegen die militärische Hilfe für die UNITA und die contras aus - aber es ist aufschlußreich, daß er der Interventionspolitik von Reagan schweigend zugestimmt hat. Man kann nicht sagen, ob sich die Shultz-Doktrin endgültig durchsetzen wird. Sie hat in Washington viele Befürworter, wird aber von all denjenigen kritisiert, sowohl in Regierungskreisen als auch außerhalb, die ein ähnliches Desaster wie in Vietnam befürchten. Es steht allerdings außer Zweifel, daß sie für die außenpolitische Debatte der nächsten Jahre maßgebend sein wird. Wenn außerdem die LIC-Strategie erprobt wird, muß man sich auf ein zunehmendes Engagement der USA in den regionalen Konflikten gefaßt machen.

(aus: *Le Monde Diplomatique* Nr. 384, März 1986  
Michael Klare, Professor am Hampshire College, Amherst, Massachusetts, Autor von *American Arms Supermarket*, University of Texas Press, 1985)

aus: Materialien für einen neuen Anti-imperialismus Nr. 1